

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG FRAG XII., FOCNOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Sonntag, 17. Mai 1936

Nr. 116

Hitlergardisten in Haft! Himmler unter Bewachung

Der „Daily Herald“ erzählt aus besonderer Quelle, daß jüngst 200 Mann der SS-Leibstandarte Hitlers wegen Auflehnung und Verschwörung verhaftet und in ein eigens angelegtes Konzentrationslager nahe bei Berlin gebracht worden sind, wo sie verhört und dabei in der üblichen Manier gemartert werden.

Göring, der kürzlich zum Oberhaupt der gesamten Gestapo im Reich ernannt wurde, hat diese Verhaftungen veranlaßt und im Anschluß daran den vorher allmächtigen Gestapo- und SS-Führer Himmler — genannt „der Schwarze“ — unter strenge Bewachung gestellt. Beide sind alte Rivalen und haßen einander tödlich.

Die nicht direkt beteiligten Obernazis, Minister etc. sind durch diese peinliche Affäre tief erregt und bestürzt und versuchen, sie ganz geheim zu halten. Wie man sieht, ist ihnen das nicht gelungen.

Die Aufnahme in die Leibstandarte ist besonders begehrt und erfolgt nur, wenn neben der persönlichen Untersuchung auch die Nachforschung nach der Gesinnung der Angehörigen des Bewerber und seines Umgangs auch nicht den geringsten Argwohn ergeben.

Neuer Zwischenfall in Fernost

Moskau. Von der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze wird ein neuer Zwischenfall gemeldet. Nach aus Chabaromsk in Moskau eingetroffenen Meldungen bemerkte am 13. Mai um 17 Uhr eine aus fünf Mann bestehende Sowjet-Grenzabteilung das Herannahen von drei Gruppen bewaffneter Japaner in einer Gesamtlänge von 25 Mann. Auch die Japaner bemerkten die sowjetrussische Wache und eröffneten aus einer Entfernung von etwa zwei Kilometern das Feuer. Die Japaner näherten sich dann etwa auf einen halben Kilometer der Grenze, wo sie sich einschangen und das Feuer neuerdings eröffneten. Um den Zwischenfall nicht zu verschärfen, erwiderte die sowjetrussische Grenztruppe das Feuer nicht.

Wo Mussolini human ist...

Rom. (Gavas.) Antisch wird mitgeteilt, daß Dr. Ante Pavelic, der der Mord an der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander angeklagt, im Oktober 1934 verhaftet und in Turin gefangen gehalten worden war, auf freien Fuß gesetzt wurde, da „die italienischen Gesetze nicht erlauben, ihn länger in Haft zu halten“.



Starhemberg: Halbwelt-Meister bleib' ich halt doch!

Rydz-Smigly als Erbe Pilsudskis

Warschau. Das neue Kabinett hat Samstag um 10 Uhr vormittags auf dem Königschloß in die Hände des Präsidenten der Republik den Treueid abgelegt. An der der Eidesleistung folgenden ersten Ministerratssitzung des neuen Kabinetts nahm auch der Generalinspektor der Armee Rydz-Smigly teil.

Nicht nur diese Meldung, auch alle Kommentare der polnischen und der ausländischen Presse zu der Bildung des neuen Kabinetts Skladkowski deuten an, daß es sich nicht nur um einen Sieg der Oberfraktion über die kürzlich vorgedrungene Opposition handelt, sondern daß der Herr der Armeen, eben der General Rydz-Smigly unmittelbar eingegriffen hat. Das neue Kabinett wäre demnach vor allem eine Regierung Rydz-Smigly und dieser würde nunmehr eine ähnliche Stellung einnehmen wie vor ihm Pilsudski, dessen „Führerschaft“ bzw. Diktatur ja auch nicht formalrechtlich verankert war, sondern faktisch bestand, weil er die Kommandohöhen der Armee mit seinen unbedingten

Anhängern befehlt hielt und daher über jede politische Entscheidung besaß.

In der außenpolitischen Orientierung bedeutet die Kabinettsbildung ein neues Etappen-Einschwenken in die Linie der Freundschaft mit Deutschland. Das „Právo Lidu“ macht darauf aufmerksam, daß der Minister Gorecki ausgeschift wurde, von dem bekannt war, daß er einer der heftigsten Gegner Beds und ein Befürworter des Zusammengehens mit Frankreich war. Er ist durch Adam Roman ersetzt worden, der als Antimus von Bed gilt. Befand er in Stockholm war und verfuhr hat, die Annäherung der nordischen Länder an die Politik Hitlers und Beds anzubahnen.

Hitler — ein Söldling der Weltfinanz

Enthüllungen der New Yorker Bankwelt

Daß die Politik Hitlers dem Finanzkapital dient, wird kein Eingeweihter bezweifeln. Daß Hitler sich dem Finanzkapital des Westens immer wieder als Kollaborateur angeboten, daß er sich selbst zum Bauwan gegen den Bolschewismus und die „kommunistische Weltgefahr“ ernannt hat, ist bekannt. Wie weit er und seine Bewegung dabei aber unmittelbar im Solde der Weltfinanz stehen, war bisher schwer zu überprüfen. Eine darüber existierende Schrift von dem amerikanischen Großbankier Sidney Warburg war nämlich von Goebbels und jenen Kreisen der New Yorker Börse, deren Geheimnis Warburg preisgegeben hat, aufgekauft und vernichtet worden. Nun ist es, wie die „Deutsche Revolution“ Otto Straffers mitteilt, dem Schweizer Verleger und Politiker Sonderegger gelungen, ein Exemplar der holländischen Original-Ausgabe zu erhalten. Die Redaktion der „Deutschen Revolution“ hat in dieses Dokument Einsicht genommen. Das Blatt Dr. Otto Straffers schreibt darüber:

„Ohne den Veröffentlichungen Sondereggens im einzelnen vorzugreifen, kann über den hauptsächlichsten Inhalt der Auslagen des jungen Warburg folgendes mitgeteilt werden: In den Jahren 1931 und 1932, als die finanzielle Lage Hitlers und seiner Partei bedrohlich wurde, wandte sich Hitler an die amerikanische Hochfinanz mit der Bitte, ihn durch riesige Geldzuwendungen in den Stand zu setzen, in Deutschland die Macht zu ergreifen. Als Gegenleistung versprach er eine politische und wirtschaftliche Haltung seiner Regierung, die den Interessen des Großkapitals entspreche und durch Herrn Schacht garantiert werden sollten.“

In einer Konferenz der entscheidenden Männer der Weltfinanz wurde der Bankier Sidney Warburg mit der persönlichen Führung der Verhandlungen beauftragt, der in zahlreichen Unterredungen mit Hitler, Göring, Streicher u. a. den finanziellen Gesamtbedarf Hitlers feststellen sollte.

Dieser Gesamtbedarf bezifferte Hitler selbst auf 500 Millionen Mark für den Fall einer Revolution, dagegen auf nur 200 Millionen Mark für den Fall einer „legalen“ Machtübernahme.

Dieses letzteren Betrag von fast 200 Millionen Mark hat Hitler dann im Laufe der Zeit auch tatsächlich erhalten, nicht ohne einige dringende verbüßliche Postulante nach Amerika gerichtet zu haben.

Es ist selbstverständlich, daß die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Angaben einzig und allein der Verfasser Sidney Warburg, trägt, gemeinsam mit dem Verlag von Holkema u. Warendorps (Amsterdam), der das Buch herausgebracht hat.

Wir übernehmen die volle Verantwortung

dafür, daß wir das Original-Buch selbst gelesen, selbst in Händen gehalten und selbst die hier ausgezogenen Behauptungen gelesen haben.

Es ist an Hitler, Göring oder Goebbels gegen den Verfasser und den Verleger zu klagen, wenn sie die Wahrheit der Aussagen Warburgs bestreiten wollen.

Geschieht dies nicht, dann hat die Welt das Eingeklämmt von dem grandiossten Geschäft der Weltfinanz, von der grauenerregendsten Abhängigkeit politischer Führer von kapitalistischen Drahtziehern und das höhnische Wort Schacht: „Die Wirtschaft bezahlt die Politiker“, über das sich das „Schwarze Korps“ (Nr. 17 vom 23. April 1936) mit Recht so empört hat, enthüllt einen Sinn, der die Hitlerpartei und ihre Führer vor aller Welt und für alle Zukunft vernichtet.“

Die „Deutsche Revolution“ bringt auch eine Photographie des Titelblattes der Broschüre. Der Titel lautet:

Die Geldquellen
van het
Nacionaal-Socialisme
Drie Gesprekken met Hitler
door
Sidney Warburg
Vertaald door J. G. Schoup
1933
Amsterdam

Van Holkema Warendorps Uitg.-Mij. N.V.
(Die Geldquellen des Nationalsozialismus, Drei Gespräche mit Hitler von Sidney Warburg; berichtet von J. G. Schoup usw.)

Citygeld für Hitlerdeutschland

Als vor einigen Wochen in einer politischen Debatte ein Unterhausmitglied fragte, wovon denn Deutschland eigentlich seine gewaltige Aufrüstung bezahle, antwortete Außenminister Eden ganz kurz: „Von Auslandsanleihen.“ Diese aufschreckende Regierungsantwort ist merkwürdig unbeachtet geblieben.

Und nun zitiert der „Daily Herald“ aus dem soeben erschienenen Bericht der Bank für Internationale Zahlungen in Basel, daß zwischen dem Dezember 1934 und Dezember 1935 folgende Staaten ihre Kredite nach Deutschland heruntergebrückt haben:

Frankreich um 54,4 Prozent, Holland um 36,6 Prozent, USA um 14,9 Prozent, Schweiz um 3,2 Prozent.

Dagegen sind die britischen Kredite an Deutschland in dieser Zeit um 5,4 Prozent gestiegen. Dadurch ist der britische Gesamtkredit an Hitlerdeutschland von 11,9 auf 44,165.000 Pfund angewachsen. Diese Steigerung ist allein noch um 124.700 Pfund größer als der französische Gesamtkredit an das Dritte Reich. USA stehen mit einem Gesamtkredit von 29,6 Millionen Pfund gleichfalls weit hinter England zurück.

Agrarische Netze

Wer die tschechische agrarische Presse in der letzten Zeit verfolgt, wird sich nicht des Eindrucks erwehren, daß das Hauptblatt dieser Partei, der „Venkov“ von Menschen geleitet wird, die von Zeit zu Zeit der Hygiene verfallen. Seit der Präsidentenwahl im Dezember, da die Republikanische Partei ihre Verfahrenheit vor der gesamten tschechoslowakischen Öffentlichkeit manifestiert hat, brachte der „Venkov“ mehrmals in der Woche die demagogischsten, einer großen Partei unwürdigen Angriffe auf die Sozialisten — plötzlich dreht der Chefredakteur des Blattes Senator Brand um und erklärt es sei im Sinne des Landes, wenn Agrarier und Sozialisten mit einander verbunden sind, eine andere Regierung sei nicht gut denkbar. Das hindert das Blatt allerdings nicht, zwei Tage später, das System der Arbeitslosenunterstützung bei uns in einer Weise anzugreifen, die deutlich zeigt, daß dem Blatt, in welchem jedes Wort vom Gefühl der Verantwortung und staatsmännlichem Sinn eingegeben sein sollte, wirklicher Ernst abgeht.

Wie daneben das Blatt argumentiert, sei an einem geradezu klassischen Beispiel gezeigt.

„Das heutige System“ schreibt das Blatt, „macht es schließlich dem Menschen, der arbeiten will, unmöglich, Arbeit zu bekommen, denn auf verschiedene Banken kann nur jener Arbeit erhalten, wer im Verzeichnis der Arbeitsvermittlungsinstitut enthalten ist. Deswegen drängen sich die Leute massenhaft zu diesen Arbeitsvermittlungen. Daraus ergeben sich dann die schrecklichen Arbeitslosenziffern, wie sie allmonatlich behärdlich ausgemessen werden.“

Es würde eines Universitätskollegs bedürfen, wenn man die Analogie, welche in diesen Worten steckt, bloßlegte. Die Leute drängen sich zur Arbeitsvermittlung, nur weil bei dieser gemeldet ist, erhält Arbeit und deswegen gibt es so viele Arbeitslose. Würde es auch nur um einen Arbeitslosen weniger gehen oder wäre die Beschäftigung größer, wenn sich die Arbeitslosen nicht melden? Meldet euch nicht, ihr Arbeitslosen und es wird nicht so viel Arbeitslose geben, es wird euch besser gehen, das Arbeitsproblem ist gelöst! Hat jemand, der diesen blühenden Infinitiv schreibt, noch den Anspruch von seinen Mitmenschen ernst genommen zu werden?

Die Hauptforderung, die aber der Antifaschist aufstellt, ist eine stärkere Kontrolle der Arbeitslosenunterstützung, bzw. der Verteilung der Ernährungskarten. Wir sind vollkommen einverstanden — schon Czoch war es als Fürsorgeminister. Wer aber kontrolliert die Verteilung der Karten? Die Landes- und Bezirksbehörden. Wem aber unterstehen diese Behörden? Nicht dem Fürsorgeministerium, das von einem Sozialdemokraten geleitet wird, sondern dem agrarischen Innenminister. Die Gemeindefinanzkommissionen, in denen übrigens Vertreter aller Parteien sitzen, bekommen eine bestimmte Kartenanzahl von der Bezirksbehörde, sie können nicht mehr verteilen, als sie erhalten. Und wer es aus der Praxis kennt, wie die Behörden jeden armen Teufel, der eine Karte bekommt, auf Herz und Nieren prüfen und den Arbeitslosen das Leben sauer machen, der wird sich über den Mangel an Kontrolle, welche da der Innenminister durch seine Organe ausübt, nicht beklagen. Es ist Scheinbelligkeit und Unwahrscheinlichkeit, Demagogie und Lärmschere, wenn der „Venkov“ noch Kontrolle ruft.

Aber wir wollen die Agrarier beim Worte nehmen. Größere Kontrolle? Ja! Aber dann bei allen Staatsausgaben. Dann Kontrolle aller Subventionen, von denen Großbauern und agrarische Genossenschaften dick und fett werden, Kontrolle all der Wege, auf denen Staatsgelder in die großen Taschen der Agrarier unter allen möglichen Vorwänden fließen! Dann Kontrolle der Wirtschaft der Landeskulturräte, dann weg mit dem veralteten, österreichischen Kurienwahlrecht der Landeskulturräte. Dasselbe Wahlrecht für Krankenkasse, Handelskammer und Landeskulturrat wie in die Gemeindefinanz und das Parlament! Zu dieser Reform sind wir Sozialisten bereit.

Aber wir sind auch nicht abgeneigt, das ganze System der Arbeitslosenunterstützungen vom Grund auf zu reformieren. Auf Hunderten von Tagungen haben sich die Gemeindefinanz, die Gewerkschaften, Kreis- und Bezirkskongresse dafür

ausgesprochen, daß an Stelle der Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosenversicherung zu treten. Wir haben das schon vor dem Inkrafttreten des Genter Systems verlangt und sind bereit, gemeinsam mit den Agrariern, an der Gesetzgebung der Arbeitslosenversicherung mitzuwirken und so unser großes Werk der Sozialversicherung zu krönen.

Wir fürchten nur, wenn es zu einem solchen Versuch käme, die Agrarier würden ihren Reformeifer bald vergessen. Und das ist das Wesentliche. Den Agrariern handelt es sich auch gar nicht um eine Reform, sondern um eine Hehle, um die

Aufpeitschung niederer materieller Instinze der Besitzenden gegen die Ausgaben des Staates für die Armen. In sozial fühlenden Menschen wird deswegen durch den Angriff auf die Arbeitslosen die Achtung vor den Agrariern nicht freigesetzt und niemand wird in der Redaktion des „Vostok“ ein Stück Menschlichkeit entdecken. Wenn nach Malenk die Dummheit der Sinn der scheinbar menschlichen Geschichte ist, dann haben die Prohoren Neugutbesitzer mit der grünen Fahne ebenso viel von diesem Sinn ergriffen, wie ihre Vorgänger, die feudalen Herren, die vom Strom der Demokratie hinweggeschwemmt worden sind.

Hochkonjunktur der Strumpfindustrie!

Der „Deutsche Nachrichtendienst“ meldet: Die Tatsache, daß ein tschechoslowakischer Industriezweig wegen Arbeitsüberführung keine neuen Bestellungen mehr annimmt, ist eine so erfreuliche und zugleich leider noch einzigartige Erscheinung, daß sie über die rein wirtschaftliche Bedeutung hinaus allgemeines Interesse beansprucht zu werden verdient: Alle tschechoslowakischen Strumpffabriken arbeiten derzeit nicht allein unter Ausnützung ihrer vollen Kapazität, sondern auch noch mit Beschäftigten. Die Nachfrage der Firma Bafa, die eine große Strumpfbestellung zu vergeben hat und deswegen mit den modernen tschechoslo-

wakischen Betrieben verhandelte, mußte vorläufig wegen Arbeitsüberführung dieses Produktionszweiges zurückgestellt werden. Es besteht außerdem bereits schon Mangel an Strumpfarbeitern. In der Strumpfindustrie macht sich nunmehr auch eine erhöhte Investitionstätigkeit bemerkbar, wie zum Beispiel bei der Firma Rumert, die ein sechsstöckiges Fabrikgebäude mit modernster maschineller Einrichtung baut. Die Hochkonjunktur der tschechoslowakischen Strumpfindustrie ist nicht bloß eine augenblickliche Konjunkturercheinung, sondern wird im Hinblick auf deren wohlbedachte neue Distributions- und Reklamemethoden für dauernd angehen.

Günstige Entwicklung der staatlichen Einnahmen

Im ersten Quartal um 420 Millionen Kč größer als 1935

Der Ausweis über die Staatseinnahmen für den Monat März zeigt im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres ein wesentlich günstigeres Ergebnis, das zum Teil wohl auf die neu eingeführten Bonifikationen für Steuervorauszahlungen und auf die Eintreibung rückständiger Steuern, zu einem großen Teil jedoch auf eine Besserung der Wirtschaft zurückzuführen ist. Die nachfolgend angeführten Steuererträge sind Bruttogrößen (in Millionen Kč), von denen die Zuweisungen an die Selbstverwaltungsförderung, Fonds usw. noch nicht abgerechnet sind. (Bei jeder Steuer ist in der zweiten Zeile in Klammern die Differenz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres angegeben.)

	März 1936	1. Quartal 1936
Direkte Steuern		
Umsatzsteuer	(+ 157,55)	(+ 249,00)
Zölle	208,26	631,21
	(+ 109,33)	(+ 116,37)
Konsumsteuern	65,06	178,49
	(+ 10,18)	(+ 23,85)
Gebühren	151,07	478,65
	(+ 6,78)	(+ 26,25)
Monopole	99,99	338,10
	(+ 3,68)	(+ 7,10)
Summe der öffentlichen Abgaben	4,41	14,03
	(+ 0,65)	(— 2,83)
Tabakregie	761,37	2.272,73
	(+ 288,40)	(+ 119,75)
Wasserkraftsteuer	66,00	220,00
	(— 15,00)	(+ 7,00)
	1,74	5,70
	(+ 0,96)	(+ 1,55)

Nach Abrechnung der Zuteilungen ergibt sich, daß die öffentlichen Abgaben im ersten Quartal dem entsprechenden Budgetteil der im Budget eingezeichneten Summe bis auf 0,1 Mill. Kč nahekommen; lediglich die Tabakregie weist gegenüber dem Budget einen Abgang von 31,18 Millionen Kč auf.

Die Betriebsausschuwahlen im CKD-Konzern

Sozialistische Gewerkschaften weiterhin führend

Freitag wurden in sämtlichen drei Betrieben des Konzerns Ceskomoravská (Wähnsch-Maschinenfabrik) „Koblen“ Wahlen der Betriebsausschuwahlen durchgeführt, für welche, wie wir bereits berichtet haben, die beiden sozialistischen Gewerkschaften eine Einheitsliste aufstellten. Die sozialistische Einheitsliste vereinigte insgesamt 3763 Stimmen auf sich, was einen Zuwachs von 439 Wählerstimmen bedeutet. Die sozialistischen Gewerkschaften stehen mit insgesamt 27 Mandaten weiterhin an weitestführender Stelle. Da infolge des angehobenen Beschäftigungsgrades die Wahlgabenzahl eine größere, so daß trotz des Stimmengewinnes die sozialistischen Gewerkschaften um ein Mandat weniger bestehen, als in der vorausgegangenen Wahlperiode.

Auf die kommunistische Liste entfielen 1137 Stimmen, so daß die Kommunisten sieben Mandate bekamen, was einen sehr beträchtlichen Zuwachs bedeutet. (Bei den letzten Wahlen hatten sie bloß 613 Stimmen und drei Mandate.) Auch die von den Nationalisten aufgezogene Liste des „Károvní kruzenci“ hat einen Zuwachs von 190 Stimmen zu verzeichnen und besetzt drei Mandate, statt der bisher innegehabten zwei. Diese „nationale“ Gewerkschaft erfreute

sich naturgemäß der intensivsten Förderung seitens gewisser maßgebender Herren, was sich insbesondere bei Neueinstellungen auswirkte. Angesichts des schmerzlichen moralischen Druckes, der von gewissen Direktoren und Oberdirektoren ausgeübt wurde, ist der Stimmengewinn der Nationalisten als höchst geringfügig zu bezeichnen. Sie bleiben mit drei von siebenundzwanzig Mandaten eine winzige und einflusslose Minorität.

Die Betriebsausschuwahlen im CKD-Konzern bestätigen die Erfahrungen, die die in der vergangenen Woche durchgeführten Wahlen im „Prager Eisen“ gezeigt haben. Auch in diesem Betrieb hatte die sozialistische Einheitsliste einen mächtigen Anstieg zu verzeichnen, der im wesentlichen auf die selbstlose Verlässlichkeit der sozialdemokratischen Wähler zurückzuführen ist. Weniger stabil sind die Verhältnisse im nationalsozialistischen Lager, aus dem, wie auch die letzten Bezirkswahlen gezeigt haben, Abwanderungen an die äußerste Linke und Rechte festzustellen sind.

Regierungsumbildung nicht vor Herbst

Im „Právo lidu“ von heute befaßt sich Dr. A. Kříž mit der innerpolitischen Lage. Er glaubt versichern zu können, daß es vor den Sommerferien nicht mehr zu der Umbildung der Regierung kommen werde, deren Stabilität in den letzten Wochen gewachsen ist. Als eine der bedeutendsten Erscheinungen der jüngsten Zeit würdigt Kříž die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie bei den Dux-Biliner Bezirkswahlen, die bewiesen haben, daß die deutsche Sozialdemokratie den Tiefpunkt überschritten hat.

Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses kam die Frage der Einrechnung der militärischen Präsenzdienstzeit nach dem Gesetz 275/34 zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß bisher nur das Finanzministerium und das Schulministerium diese Bestimmungen durchgeführt haben, während die übrigen Ressorts dies noch nicht tun. Der Ausschuß beschloß deshalb, den Ministerpräsidenten und die einzelnen Ressorts zu ermahnen, das Gesetz in allen Zweigen der Staatsverwaltung sofort durchzuführen, auch wenn die Durchführungsbestimmungen noch nicht erlassen sind. — Im Zusammenhang mit den kürzlichen Notlandungen einer Bombenstaffel bei Prag sprach der Ausschußvorsitzende David unter Zustimmung aller Mitglieder die Erwartung aus, daß künftig über solche Unglücksfälle von der Militärverwaltung ungehäuft genaue Nachrichten veröffentlicht werden.

Pauschalisierung der Fleischsteuer bei Hauschlachtungen. Die Koalition hat im Abgeordnetenhauses einen Regierungsantrag auf Novellierung des Gesetzes 262/20 über die Fleischsteuer eingebracht. Die Regierung wird darin ermächtigt, die Fleischsteuer von Hauschlachtungen für den Eigenbedarf der Landwirte und der landwirtschaftlichen Arbeiterpauschalieren, und zwar auf Grundlage des Ausmaßes der Ackerfläche und der Wiesen. — Im Kabinettsbericht wird angeführt, daß die Fleischsteuer bei Hauschlachtungen, die im Vorhinein entrichtet werden muß, Gegenstand fortwährender Differenzen zwischen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Organen der Gefältskontrolle ist. Durch die Pauschalisierung sollen diese Unzulänglichkeiten beseitigt werden. Weiter beläuft sich der Steuerertrag aus den Hauschlachtungen auf

13 bis 16 Millionen Kč jährlich; die Einhebung der Steuern und die Kontrolle ist jedoch für die Finanzverwaltung sehr schwierig und kostspielig. Die Antragsteller berechnen, daß bei einem Pauschalbetrag von 7,4 Millionen, bei einem Pauschalbetrag von 1,50 Kč pro Schwein 11 Millionen Kč sich ergeben würden. Das Pauschal soll sich nicht auf die Hauschlachtungen von Rindvieh, sondern nur auf Schweine, Schafe und Ziegen beziehen.

Schwedens Weg aus der Krise

Vortrag Professor Bertil Ohlin aus Stockholm in Prag

Im Sozialen Institut in Prag sprach Donnerstag der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Prof. Bertil Ohlin über die Überwindung der Wirtschaftskrise in Schweden. Nach einem Überblick über die Entwicklung seit dem Jahre 1914 schilderte der Vortragende die Schwierigkeiten, in welche Schweden durch den Kreuger-Krach im Jahre 1932 geraten war. Die schwedische Regierung war damals gezwungen, sich von der Reichsbank 250 Millionen schwedische Kronen auszuleihen, um die durch den Krach bedrohten Banken zu stützen. Die Folge war eine Kreditverbilligung, die weiter gefördert wurde und den Übergang zur expansiven Wirtschaftspolitik seit 1933 schuf. In zwei Jahren wuchs die schwedische industrielle Produktion um 50 Prozent über den Stand von 1929. Im September 1935 war die Arbeitslosigkeit auf 11.000 gesunken, obwohl sie noch 1932 ungefähr 150.000 betrug. In Schweden sind heute um 200.000 Menschen mehr beschäftigt als im Jahre 1929. Vier Faktoren kennzeichnen die schwedische Antikrisenpolitik: a) die Exportförderung, b) eine Währungspolitik, welche den Kredit verbilligt, c) das Verlassen des Budgetgleichgewichtes und Aufnahme von Anleihen, die in der Konjunktur zurückgezahlt werden, und d) Hebung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Seitdem im Jahre 1931 der Goldstandard aufgehoben wurde, wurde die schwedische Krone auf einer Höhe gehalten, welche den Export anregte. Von 1932 bis 1934 stieg dieser um 350 Millionen Kronen, das ist um ein Drittel. Mehr als die Exportförderung hat der schwedischen Regierungspolitik der Inlandsmarkt zu verdanken. Die Großhandelspolitik wurde erhöht, das Preisniveau im Detail stieg jedoch nur unbedeutend. Die Löhne blieben im ganzen unverändert, doch stieg die Beschäftigung und damit die Lohnsumme. Der Geldüberfluß, welcher durch die Operationen der Bank von Schweden herbeigeführt wurde, führte zu einer starken Zinslenkung, welche sich in der Hausbewegung sehr zum Ausdruck brachte. Auf dem Gebiete der öffentlichen Wirtschaft gab die schwedische Regierung den Grundgedanken des ausgeglichenen Jahresbudgets auf und ging zur Aufnahme von Anleihen für vernünftige öffentliche Ausgaben über. Der Wirtschaftsaufschwung wird es bereits im kommenden Jahre ermöglichen haben, die so aufgenommenen Anleihen zurückzuzahlen. All dies gelang, ohne den Privatcredit in seinen Möglichkeiten zu beschränken. Abschließend bemerkte der Vortragende, daß die schwedische Wirtschaftspolitik der Regierung teils und daß diese unterschiedlichen Ansichten mitten durch alle Parteien gehen, daß jedoch die psychologische Auswirkung der Regierungspolitik auch bei wirtschaftspolitisch anders Eingestellten eine außerordentlich günstige ist.

Der Ruhm des Kämpfers Don Jak London

Copyright by Universitäts Berlin, durch Dr. Präger Pressedruck, Wien.

Glendons wachsende Freude am Sport brachte es mit sich, daß er eifriger und anhaltender trainierte. Er vergaß die Zeit nicht, jagte viel in den Bergen und war tatsächlich immer in Form. Er hatte nicht das Veh seines Vaters in seiner Laufbahn, brach sich nie einen Knochen, ja, verletzte sich nicht einmal einen Anodol. Und eines bemerkte Studener mit stiller Freude: Sein junger Vorgesetzter sprach nicht mehr davon, für immer in seine Berge zurückzukehren, sobald er Jim Hanford die Weltmeisterschaft entrisse hätte.

VL

Er näherte sich schnell dem Höhepunkt seiner Laufbahn. Der Weltmeister hatte öffentlich verkündet, gegen Glendon anzutreten, sobald dieser die drei oder vier Antwörter auf die Meistererschaft, die noch zwischen ihnen standen, besiegt hätte.

In sechs Monaten glückte es Pat, Sid McGrath und Jack McBride zu erledigen, und so blieben nur noch Nat Powers und Tom Cannon übrig. Ein gewisses junges Mädchen aus der guten Gesellschaft aber war aus Abenteuerlust Journalistin geworden. Studener hatte seine Einwilligung dazu gegeben, daß die Dame Pat in ihrer Eigenschaft als Reporterin interviewte.

Sie unterzeichnete ihre Aufsätze immer mit ihrem wirklichen Namen, Maud Sanghter. Die Sanghters waren eine bekannte reiche Familie. Ihr Begründer, der alte Jacob Sanghter, hatte sein Bündel geknüpft und als Anecht auf Jar-

men im Westen gearbeitet und ein unerforschliches Vorzeiger in Nevada entdeckt, das er anfangs mit Raueisensteinen bearbeitete, bis er schließlich eine Eisenbahn baute, um den Transport selbst zu besorgen. In der Folge hatte er auf Hunderten und Tausenden von Quadratmeilen in Kalifornien, Oregon und Washington Vorrat abgebaut und den Verdienst eingestrichelt.

Später hatte er mit seinen Geschäften Politik verbunden. Politiker, Richter und Maschinen gekauft und war Leiter eines großen industriellen Konzerns geworden.

Und dann starb er, reich an Ehren und Vestimontus und hinterließ seinen Namen den Geschichtsschreibern der Zukunft zum Beschnitzgen und ein paar hundert Millionen seinen Söhnen zum Streiten.

Die folgenden Prozesse und industriellen und politischen Kämpfe verzögerten und belustigten ganz Kalifornien ein Menschenalter hindurch und endeten mit tödlichem Haß zwischen den vier Söhnen.

Der jüngste von ihnen, Theodore, machte plötzlich, im besten Mannesalter, eine Wandlung durch. Er verkaufte seine Ländereien und seine Rennställe und stürzte sich in einen Kampf gegen alle Korruption in dem Staat, wo er geboren war. Und er traf die meisten Millionäre dieses Staates bei seinem Versuch, ihn von der Schwärze zu befreien, die der alte Jakob Sanghter begründet hatte.

Maud Sanghter war die älteste Tochter Theodores. Das Geschlecht der Sanghter erzeugte durchweg kampflustige Männer und schöne Frauen. Maud bildete keine Ausnahme. Dazu mußte sie etwas von der alten Abenteuerlust der Sanghter geerbt haben, denn als sie erwachsen war, tat sie vieles, was eine Dame in ihrer Stellung sich nicht hätte leisten dürfen. Obgleich sie eine alänende Partie war, blieb sie unverheiratet. Sie hatte sich in Europa aufgehalten, ohne einen adligen Gatten heimzuführen,

und hatte unter ihren Landsleuten zahlreiche Körbe ausgeteilt. Sie liebte den Freisport, hatte die Tennismeisterschaft von Kalifornien gewonnen und die Zeitstriften der besten Reize durch unpassende Artikel in Atem gehalten. Sie war in einem Rennboot von San Mateo nach Santa Cruz gesegelt und hatte einmal Sensation erregt, weil sie sich als einzige Frau an einem Bolokampf beteiligt hatte.

Die reformatorischen Bestrebungen ihres Vaters ergriffen auch sie. In leidenschaftlichem Unabhängigkeitsdrang setzte sie, die noch nie einem Manne begegnet war, dem sie sich freudig unterworfen hätte, und die ihrer vielen Anhänger längst überdrüssig war, ihren Willen in die Krone auf, verließ ihr Heim und nahm eine Stellung beim Courier-Journal an.

Einmal glückte es ihr, Morgan in einer wichtigen Sache zu interviewen, während ein Dupend hervorragender New-Yorker Journalisten vergebens Jagd auf ihn machte. Sie ging mit einem Taucher auf den Grund des Goldenen Tors hinab und slog mit Kood, dem „Vogelmenschen“, als er alle Rekorde schlug.

Nach alledem sollte man glauben, daß Maud Sanghter eine dicke Amazone gewesen wäre. Aber im Gegenteil: sie war eine grauvügelige, schlaffe junge Dame, drei- oder vierundzwanzig Jahre alt, mittelgroß, mit ungewöhnlich feinen Händen und Füßen. Und im Gegenzug zu anderen Sportmädcheln war sie von einer ausgesprochenen Weichlichkeit.

Sie hatte selbst dem Redakteur vorgeschlagen, daß sie Glendon interviewen wollte. Außer Bob Higgins, den sie einmal flüchtig im Foyer im Grillraum des Palace-Hotels gesehen hatte, war ihr noch nie im Leben ein Vorer begegnet. Sie hatte sich übrigens auch nie etwas daraus gemacht, einen kennenzulernen, und war nie neugierig gewesen, bis Pat Glendon nach San Franzisko kam, um für seinen Kampf mit Nat Powers zu trainieren. Da zeigte sie der Auf, den er in den

Zeitung genog. Das Höllevieh — das zu sehen, mußte sich lohnen!

Nach dem zu urteilen, was sie über ihn gelesen hatte, mußte er ein Ungeheuer in Menschengestalt, stumpfsinnig und mit der Tüde und Wildheit des Schungelierees sein.

Zwar liehen Bilder von ihm diese Eigenschaften nicht erkennen, aber sie zeigten doch deutlich die mächtige Muskulatur, die darauf schließen ließ, daß er ein solches Ungeheuer war.

Und so stellte sie sich in Begleitung eines Pressephotographen zu der von Studener angegebenen Zeit im Trainingsaal ein.

Studener hatte Sorgen. Pat war rebellisch. Er ließ das eine seiner kräftigen Beine über die Stuhllehne baumeln, hatte die Sonette von Shakespeare aufgeschlagen und dem Anie liegen und protestierte gegen das Kommen dieser Frau.

„Warum wollen die Weiber sich jetzt in Sportdachen mischen?“ fragte er. „Da haben sie gar nichts zu suchen. Was verstehen Weiber davon? Die männlichen Reporter sind schon schlümmer genug. Ich hab es nie ausstehen können, daß Weiber im Trainingsaal herumlungerten, und es ist mir ganz einerlei, ob sie Reporterin ist oder nicht.“

„Aber sie ist keine gewöhnliche Reporterin“, unterbrach Studener ihn. „Sie haben doch wohl von den Sanghters gehört — den Millionären?“

„Warum arbeitet sie dann für eine Zeitung — und nimmt andern armen Teufeln die Arbeit weg?“

„Sie hat sich mit ihrem alten Herrn unterworfen. Sie gerieten aneinander, als er in San Franzisko auszumisten begann. Sie ging, Gina ganz einfach, verließ ihr Heim und suchte sich Arbeit.“

Und das will ich Ihnen sagen, Pat: sie schreibt ein tadelloses Englisch. Nicht einer von all den Zeitungsschmierern in der Gegend kann es mit ihr aufnehmen, wenn sie erst mal loslegt.“

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Wahlerfolg unserer Mannesmann-Arbeiter

Die Völkischen verlieren ein Mandat

Gestern wurden in den Mannesmann-Werken die Wahlen in den Betriebsausschuss durchgeführt, die mit einem vollen Erfolg des Internationalen Metallarbeiterverbandes endeten. Die völkische Gewerkschaft hat trotz der wüsten Hege gegen unsere Vertrauensmänner und trotz aller Verleumdungen unserer Bewegung ein Mandat verloren.

Das Wahlergebnis:

Liste 1: Internationale Metallarbeiterverband 1936: 832 Stimmen, 7 Mandate, 1934: 850 Stimmen, 7 Mandate.

Liste 2: Gemeinsame völkisch-österreichische Liste 1936: 587 Stimmen, 4 Mandate, 1934: 545 Stimmen, 4 Mandate.

Innerhalb dieser Gruppe verteilen sich die Mandate so: Gublonzer 2 (früher 3), Heimarbeiter 1 (1), Christliche 1 (0).

Der Internationale Metallarbeiterverband hat die geringe Anzahl Stimmen nur verloren,

weil die Zahl der Wahlberechtigten von 1590 im Jahre 1934 auf 1509 im Jahre 1936 gesunken ist. Der Rückgang der Wählerzahl hat die freie Gewerkschaft besonders hart getroffen.

Die Zahl der Nichtwähler ist von 109 auf 41 gesunken, der kleine Stimmengewinn der vereinigten reaktionären Liste, auf die „Gublonzer Gewerkschaft“, die „Lohn- und Heimarbeiter“ und auch die Christlichsozialen kandidierten, ist ausschließlich daraus zurückzuführen. Während früher die Gublonzer Gewerkschaft drei Mandate besetzt hatte, verfügt sie jetzt über zwei, denn sie mußte eines an die Christlichsozialen abgeben.

Die Mannesmann-Arbeiter haben durch diese Wahl bekräftigt, daß sie in ihrer überwältigenden Mehrheit die naziförmlichen Gleichschaltungsversuche ablehnen und ein hohes Maß gemeinschaftlicher und politischer Reife besitzen. Mit den tapferen Mannesmann-Arbeitern freut sich die gesamte sozialistische Arbeiterschaft des Erfolges.

men. Unsere Genossen haben diese Vorkontrollwirtschaft der in der SdP vereinigten bürgerlichen Vertreter nicht mehr verantworten können und bereits im Vorjahre ihre Mandate zurückgelegt. Die gegnerische Presse konnte sich damals nicht genug tun, unsere Partei deswegen zu verhöhnen. Nun ist es die SdP, die von den verantwortlichen Funktionären, die ihre Parteimitglieder sind, abdrückt! Jetzt auf einmal will die SdP für die Auflösung eingetreten sein, angeblich um Neuwahlen zu ermöglichen. Angenehm ist es ihnen aber nicht, daß auf der verfuhrerischen aufgestellten Kandidatenliste eben die anderjehigen Wirtschaftsverantwortlichen an aussichtsreicher Stelle stehen.

Arbeitslosigkeit und Nationalität

Nach den „Mitteilungen des Deutschen Hauptverbandes der Industrie“ waren Ende April in der Tschechoslowakischen Republik von 1000 Einwohnern 48,6 arbeitslos, von 1000 Einwohnern in den deutschen Gebieten 85,8 und von 1000 Einwohnern in den tschechischen Gebieten 38,9. Von 1000 Berufstätigen waren bis Ende April in der ganzen Republik 109,6, in den deutschen Gebieten 169,2 und in den tschechischen Gebieten 91,2 arbeitslos. Als deutsche Bezirke wurden hierbei nur jene gezählt, deren Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung zu mehr als 50 Prozent aus Deutschen besteht.

Furchtbare Familientragödie in Nordböhmen

Zwei Tote

Eine erschütternde Familientragödie hat sich dieser Tage in Vilela bei Bodenbach abgespielt. Hier lebte in größter Not verurteilt durch Arbeitslosigkeit des Vaters und durch Krankheit eines Sohnes, die Familie Ventler. Im vorigen Jahre starb nach langer Krankheit der 23jährige Sohn Josef an Tuberkulose. Seine Mutter, Ernestine Ventler, konnte sich über den Verlust des Sohnes nicht trösten und in ihrem Gram machte sie, erst 54 Jahre alt, am Donnerstag der Vorwoche ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

Der zweite Sohn Friedrich, geboren 1913, nahm sich den tragischen Tod seiner Mutter so zu Herzen, daß er sich am Freitag, den 15. d. M., in den Abendstunden durch einen Schuß in die Schläfe entlebte.

„Auffig 1936“. Der Graphiker Helmut Kromer hat sieben Steinzeichnungen zu einer Mappe zusammengestellt, die die neuesten Ansichten der betrieblichen Industrie an der Elbe enthält. Wir blicken von der Ferdinandshöhe, dann wieder von Morienberg auf die Stadt. Das Stadttheater mit dem Regnerbrunnen fehlt ebenso wenig wie die Handelsakademie in der Schmalenstraße, die diesen Herbst ihr 50jähriges Jubiläum feiert. Aber das Hauptthema bildet der Elbestrom, der in drei Motiven abgewandelt wird: Einmal mit der neuen Elbebrücke, die in fähigem Schwung den Strom überleitet, dann mit der Masaryk-Staustufe, die in eigenartiger Weise mit der romantischen Burgmauer Schredenstein kontrastiert, endlich der Blick auf „Mittellutopas jüngste Stadt“, an der die Schornsteine der Schiffsverlemporragen, eingezwängt zwischen Strom und bewaldeten Berghuppen. Diese Blätter (auch einzeln zum Preise von Kč 50.— erhältlich) in der Buch- und Kunsthandlung Rika in Auffig. 3.

Naturfreunde-Bewegung

Zum Reichsjugend- und Arbeiterernttag nach Bodenbach a. E. (Pfingsten 30. Mai—1. Juni) rufen die Ortsgruppen des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Tief Auffig a. E.

Ein reiches Festprogramm ist vorgesehen: Abendfeier, Morgenfeiern, Demonstrations- und Festzug, Kundgebung, großes Jugend- und Parteifest auf den Sportplätzen. Im Anschluß finden Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Bodenbach statt.

Die Kosten der Teilnahme sind mäßig. Neben den Fahrkosten (Sonderzüge zu 50 Prozent) ist ein Festbeitrag und Eintrittsgelder von 10 Kč vorgesehen. Darin ist einbezogen: Festschrift, Festabzeichen, zwei Nahrungsmittel (Mittagsessen), freier Eintritt zu allen Veranstaltungen. Die Teilnahme am Sonntag nachmittag kostet 5 Kč, Festschrift und Festabzeichen.

Schon jetzt sind die Bestellungen aufzugeben und zwar:

1. Teilnehmerzahl der Ortsgruppe.
2. Wieviel Quartiere werden benötigt (Mittagsessen).
3. Anzahl der Festabzeichen.

und direkt an den CV-Verband, Tepliz-Schönan, Herrstraße 7, weiter zu leiten, wo auch die Berechnung zu erfolgen hat.

Der Gau „Nordwestböhmen“ veranstaltet zu diesem Anlaß eine Gau-Wanderung nach Bodenbach.

Tagung der Internationale

Brüssel. (Eigenbericht.) Die Beratungen der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wurden Samstag vormittags im „Haus der sozialen Fürsorge“ unter Beteiligung von Delegierten aus 19 Staaten und 22 Parteien eröffnet. Den Vorsitz führte Genosse de Broekere. In seiner Eröffnungsansprache gedachte dieser des verstorbenen Vorkämpfers der holländischen Sozialdemokratie Wibaut.

Der Sekretär der Internationale, Genosse Fritz Adler, verlas ein Schreiben Léon Blums, welcher seine Anwesenheit mit den politischen Verhandlungen in Frankreich entschuldigt und sein Bedauern ausdrückt, daß es ihm nicht möglich ist, sich persönlich von den in Brüssel anwesenden Delegierten verabschieden zu können, weil — wie er schreibt — er als aktiver Minister Frankreichs sich sehr lange nicht an den Beratungen der Internationale beteiligen könne. Auch Largo Caballero entschuldigte sich schriftlich, weil die innenpolitische Situation in Spanien seine Anwesenheit dort erfordert.

Daraufhin wurde die Diskussion über die allgemeine politische Situation und insbesondere die letzten außenpolitischen Ereignisse — Abessinien und die Gefahr des deutschen und japanischen Imperialismus — eingeleitet. Die Diskussion war sehr bemerkenswert und lebhaft.

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei ist durch den Genossen Kalša, die tschechoslowakische Partei durch die Genossen Dr. Soukup und Stibin vertreten.

Starhembergs Rolle in Rom

Berlin. Der im allgemeinen gutunterrichtete römische Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ meldet: Die Anwesenheit Starhembergs in Rom scheint eine Bedeutung zu haben, deren Tragweite noch nicht abzusehen ist. Der bisherige Vizekanzler Österreichs wurde vor-mittag von Mussolini zu einer längeren Besprechung empfangen, an der sich weitere Unterredungen anschließen sollen. In den Nachmittagsstunden begab sich Starhemberg in den Senat, um der Verabschiedung der Gesetzesvorlage über die Errichtung des kaiserlichen Afrikanischen Heimwobnens, wobei er lange Beifall fließte. Wenn auch die Lesart streng aufrechterhalten wird, daß sich für Starhemberg für nichts anderes als für Fußball interessiert, so ist damit doch schwer die Tatsache in Einklang zu bringen, daß Starhemberg mit einem ganzen Stab hier eingetroffen ist, in dem sich u. a. Hauptmann Winkler und Prinz Cron befinden. Vielleicht kann auch bezweifelt werden, welchen Grad von Zufälligkeit die Anwesenheit einiger leitender Persönlichkeiten der österreichischen Finanz- und der österreichischen Industrie hat. Unter ihnen befindet sich auch der Leiter der Hirtzenberger Patronen-fabrik.

Wien. (Tsch. P. B.) Die Landesführertagung des Heimatschutzes in Wien hat an den Bundesführer Starhemberg folgendes Telegramm gerichtet:

„Die auf Deinen Befehl unter meinem Vorsitz verammelten Landesführer des österreichischen Heimatschutzes erklären im eigenen sowie im Namen aller Kameraden in unentwegter Gesolgstreue und Bedingungslosheit Gehorsam zu Dir zu stehen. Wir bleiben in eherner Disziplin einig und treu. Heil Starhemberg!“ Unterzeichnet Baar.

Keine Lösung im Kapitalismus!

London. (Tsch. P. B.) Der Vorsitzende des Arbeitslosenversicherungs-Ausschusses erklärte in einer Rede, daß England sich an den Gedanken gewöhnen müsse, daß dauernd 1,5 Millionen Menschen in diesem Lande beschäftigungslos sein werden. Voraussichtlich werde während der nächsten acht Jahre die Arbeitslosenziffer etwa um 10% Prozent liegen und danach geringer werden.

Ein Verdienst Lavals

London. Das Heuter-Büro verzeichnet ein in Dschibuti unlaufendes Gerücht, wonach die Italiener den zuständigen französischen Stellen die Hebernahme der nach Addis Abeba führenden Eisenbahnlinie sowie des Hafens Dschibuti angeboten haben. Als Gegenleistung soll Frankreich anderweitig entschädigt werden. Demgegenüber wird in französischen Kreisen erklärt, daß Dschibuti aus strategischen Gründen nicht aufgegeben werden könne. Allerdings gebe man zu, daß das Handelsgeschäft des Hafens angesichts der Befehung Abessinien durch Italien einen tödlichen Schlag erlitten habe.

Wetzlar. (Tsch. P. B.) Der Austritt Guatemalas aus dem Völkerbund wird amtlich bestätigt. Er wird erstens mit wirtschaftlichen Rücksichten und zweitens mit der geringen Anhängerschaft des Völkerbundes gegenüber amerikanischen Angelegenheiten begründet. Den Ausschlag dürfte jedoch das Scheitern der Bemühungen des Völkerbundes im italienisch-abessinischen Fall gegeben haben.

Tokio. Der Staatshaushalt 1936/37 in der Höhe von 2.303.300.000 Millionen Yen wurde heute vom Unterhaushalt mit 399 von 466 Stimmen angenommen. Es handelt sich um den bisher höchsten Haushalt.

Eindeutig sozial

Der Bezirksausschuß Auffig beschäftigte sich mit der Finanzierung der von der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge im Einverständnis mit dem Minister für soziale Fürsorge geplanten Arbeitsgemeinschaften als Fortsetzung der Tagesheimstätten für jugendliche Arbeitslose.

Die Vertreter der eindeutig sozialen Sudetendeutschen Partei, die Herren Czech, Hora und Renner, lehnten den in Aussicht genommenen Betrag von 20.000 Kč ab, mit dem Ergebnis, daß der Antrag mit Stimmengleich-

heit abgelehnt wurde. Auch der christlich-soziale Vertreter Herr Schuch stimmte gegen die Bewilligung des Betrages.

Die Stadtgemeinde Auffig hatte sich bereit erklärt, mitzutun und Mittel für den sozialen Zweck beizusteuern. Die Stadt Auffig setzte im Vorjahre die Arbeitsgemeinschaft unter eigener Finanzierung fort, nachdem die Gewährung der Mittel eingestellt hatte. Seit, wo eine Fortsetzung der jugendreichen Einrichtung erfolgen soll, sind die Vertreter des Bezirkes wieder ausgeprungen!

Die Stimme der roten Arier

Der schwedische Jugendverband wirbt für den Reichsjugendtag

In einem Werbeheftchen für den Bodenbacher Reichsjugendtag, das vom sozialdemokratischen Jugendverband Schwedens ausgegeben wurde, heißt es u. a.:

Die sogenannte Sudetendeutsche Partei, ein Ableger des Nationalsozialismus in Deutschland, hat durch eine in mancher Hinsicht geschickte, aber feindselige Agitation großen Einfluß auf das Denken der deutschsprachigen Bevölkerung gewonnen. Der Verstand kommt bekanntlich zu kurz, wenn die Stimme der Leidenschaft die Töne aufhört, und unsere Parteifreunde haben alle Mühe, die Kluft zwischen den verschiedenen nationalen Bevölkerungsgruppen, welche durch der ununterschiedlichen Nationalitäts- und Rassenpropaganda entstanden sind, zu überbrücken. Die Scheidewand zwischen demokratischen und diktatorischen Bestrebungen droht den Nationalitätsgrenzen zu folgen.

Wir müssen Bewunderung für eine Nation empfinden, welche unter den letzten hundert Jahren im Herzen Europas ihre bürgerliche Freiheit bewahren konnte. Die Tschechoslowakei ist eine Insel der Demokratie im Meer der Gewalt und der Barbarei. Das Verdienst dafür kommt im gewissen Sinn auch der Sozialistischen Jugend zu. Doch sie braucht auch eine moralische Stütze von außen. Diese wird den schwankenden Bevölkerungsrunden zeigen, daß sie nicht allein ihren Kampf führen, sondern daß deren ausdauernde Arbeit mit Bewunderung und Sympathie von den Gleichstrebenden in den anderen Ländern verfolgt wird. Und die Partei in der Tschechoslowakei wird so am allerbesten denen, die im Rückenwind des Vangermandismus liegen, beweisen, daß die Völker, welche arisch-reinrassig sind, nicht als viele andere, nämlich die Skandinavier, sie im Kampf gegen die Rassenarrbeit unterstützen. Der schwedische sozialdemokratische Jugendverband hat deshalb beschlossen, seine interessierten Mitglieder zu einer gemeinsamen Fahrt nach Bodenbach, die sich dann nach Prag erstrecken soll, einzuladen. Das auch nach Prag erstrecken soll, einzuladen. Das ist eine Unterstützung des Kampfes jener, die nun gerade jetzt am härtesten im Streit um die Freiheit stehen. Für die Teilnehmer wird es ein Erlebnis, in die Mitte des europäischen Orientes zu fahren, in die Mitte des europäischen Orientes zu fahren, in die Mitte des europäischen Orientes zu fahren. Die Fahrt durch die felsigen Täler der Elbe, der Besuch in Prag, das Aufsehen, das die Prager Polizeidirektion hat es für nötig befunden, auf die in der Presse öffentlich erhobenen Vorwürfe zu reagieren. Die zuständigen Behörden haben es vorgezogen, sich in Schweigen zu hüllen.

Pudil — Chefdetektiv

Weder die Affäre des Polizeinspektors Pudil ist in der Presse viel geschrieben worden. Nach dem Gutachten der Sachverständigen steht dieses Sicherheitsorgan bis heute in dem beständigen Verdacht, vor Gericht als Angeklagter zu stehen. Weder die Prager Polizeidirektion hat es für nötig befunden, auf die in der Presse öffentlich erhobenen Vorwürfe zu reagieren. Die zuständigen Behörden haben es vorgezogen, sich in Schweigen zu hüllen.

Schwüle Luft um Henlein

Wir lesen in der „Rumburger Zeitung“: Im Olmüher Gebiet herrscht eine große Erbitterung der Arbeiterschaft gegen den Kreisleiter, den Kameradschaftsbündler S l o m o r o w i t s j, die sich unverblümt äußert. So war

Rüstet in allen Bezirken und in allen Orten für den

Kindertag 1936

auch der Natunzug in Mähr. Schönberg, bei dem Stomorovský sprach, um die Stärke seiner Anhängererschaft zu demonstrieren, auffallend schlecht befehligt. Ein Hauptleitungsmitglied, das mit der Feuerbrühe ausgesandt wurde, um den Brand zu löschen, fand einen überraschend warmen Empfang und mußte unverrichteter Dinge wieder nach Prag abziehen. Dieser Sturm trieb die hochgehenden Wellen bis in die Hauptleitung, innerhalb deren dann wegen der nordmährischen Dinge die Gegensätze schroff sichtbar wurden. Auch in anderen Gebieten — so in Weißböhmen —, will man, je länger je mehr nicht so, wie die hohe AB-Bürokratie der SdP will. — Der Ausschluß des Führers der Studentenschaft Dr. M e d e l aus der SdP hat auch hier den Vorhang vor einem scharfen Gegensatz weggerissen. Die Studentenschaft hält unentwegt zu Dr. Medel und ist gar nicht gewillt, sich einem Parteidiktat zu unterwerfen und die studentischen Angelegenheiten, auch was ihre völlige Einstellung anlangt, zu einer Partei-Angelegenheit zu machen. Sie hält zur Volksgemeinschaft, die bei ihr kein Schlagwort ist und steht in keinem Gegensatz zur SdP. Soweit sie hier die Volksgemeinschaft findet. . . Die sonderbare Tätigkeit des AB-Mitglieds, der innerhalb der „Volksgemeinschaft“ sein Unwesen treibt, findet immer mehr Widerstand und zwar dort, wo das P o l i steht, bei den A r b e i t e r n der Faust und der Stirn.

Die Elbogener Stadtvertretung aufgelöst

Freitag wurde die Stadtvertretung von Elbogen durch die Bezirksbehörde aufgelöst und ein Regierungskommissar bestellt. Die Wirtschaft des Rumphäatrates war immer rigorosier geworden; so sich ignomies die Nützlichkeit ergab. Geld zu beheben, wurde es angenommen, ohne auf die jeweilige Zweckbestimmung Rücksicht zu neh-

Tagesneuigkeiten

Elend zur Illustration

In der Umgebung von Reudel gibt es einige Dörfer, kleine Kester, Einsichten mit halb oder ganz zerfallenen Hütten. Dort haust das Elend. Mitter der Hunger schon seit Jahren. Und so viele Ertürtionen von Pflanzenteilen in dieses Gebiet auch stattfanden, und so viel man auch über das unglückliche Leid der Erzgebirgsbewohner geschrieben hat: es gibt keine Schilderung, die nicht von den tatsächlichen Verhältnissen noch übertraffen würde. Denn die Bewohner von Rothau-Reudel, Frühbusch und Sauerlach gehören zu den Armen der Armen.

Zu diese Gegend kommen oft die Bildreporter der Illustrierten und suchen nach dekorativen Hütten, nach Häufeln, durch die der Erzgebirgswind besonders weht, weil kein Fensterrahmen, keine Tür, keine Schindel am Dach mehr heil ist. Die Bewohner werden zwanglos vor die Hütte gruppiert, und dann wird geknipst. „Bitte, recht erbarmlich!“ brüllt der Photograph in diesem Falle nicht zu fagen.

Für eine solche Aufnahme bekommen die Leute 20 K., einen Betrag, der unter solchen Verhältnissen als kleiner Reichtum empfunden wird. Den Bewohnern einiger solcher Hütten ist daraus so etwas wie eine kleine Einnahmequelle entstanden, denn ihre Wohnstätte ist in der Tat eine Sehenswürdigkeit, und die Bildreporter kommen oft mehrmals im Monat.

Durch die Bezirksnothilfe, eine private Aktion des Reudeler Bezirkshauptmannes Doktor Skramlik, soll nun durch Auspeisung und Bekleidung von Bedürftigen der ärgsten Not wenigstens einigermaßen gesteuert werden. Zu diesem Zwecke ist bereits ein Betrag von 600.000 Kronen aufgebracht worden. Als der Bezirkshauptmann aber kürzlich darangehen wollte, die Bewohner einiger solcher Elendbebauungen in menschenwürdigeren Quartieren unterzubringen, geschah etwas Merkwürdiges: die Bewohner weigerten sich, ihre desolaten Hütten zu verlassen, und zwar mit der Begründung, daß sie unmöglich auf die Einnahmen verzichten könnten, die ihnen seitens der Bildreportage zufließen. . .

Nichts kann deutlicher das unbefreiliche Elend dieser Leute illustrieren, als dieser Tatjadenbericht um — „Illustrationen“! . . .

Genossin Hermine Wiener, Josefthal, die Mutter unseres Klubsekretärs, Genossin Dr. Robert Wiener, ist Donnerstag, den 14. Mai, einem schweren Herzleiden erlegen. Sie war durch Jahre Leiterin des Genußgenossenschaftsverbandes der Krankenlosen in Karlsbad und hat sich durch ihre Liebenswürdigkeit die Zuneigung aller erworben, welche in diesem Heime Genesung suchten. — Die Beerdigung ist für Montag um 15 Uhr im Fischerner Krematorium anberaumt.

Mittelschulrundfunk ab nächstem Schuljahr. Im Schulministerium finden Vorbereitungen für die Einführung eines Mittelschulrundfunks im kommenden Jahre statt. Die regelmäßige Abhaltung von Sendungen für Mittelschulen ist hauptsächlich vom Radiojournal abhängig, d. h. davon, ob es umstände sein wird, ihn finanziell zu sichern. Zugleich soll auch die Frage der Einführung durch das Schulministerium auf den Rundfunk überhaupt in kürzester Zeit einer Lösung zugeführt werden. Ein besonderes Gewicht wird dabei



Léon Blum verhandelt

Genosse Léon Blum, der allgemein als das Haupt der kommenden Regierung angesehen wird, im Gespräch mit Abgeordneten während seiner letzten Verhandlungen.

auf das Verhältnis des Rundfunks zu den Schulen im Handbegriff gelegt werden.

Mordversuch zweier Sechzehnjähriger. Der Autounternehmer Johann Zelinka aus Prag-Beznow erlittete Samstag vormittags auf dem Polizeikommissariat die Anzeige, daß er von zwei sechzehnjährigen Burschen, die vorgaben, einen Möbeltransport von ihm durchführen lassen zu wollen, in eine Wohnung in Saichob gelockt worden sei. Dort hätten ihn die Burschen mit vorgehaltenem Revolver am Leben bedroht. Es sei ihm gelungen, nach kurzem Kampfe zu flüchten. Die Polizei hat die Nachforschungen nach den inzwischen geflüchteten Burschen aufgenommen.

Fünf Stiche in die Brust. In der Nacht auf Samstag geriet der Gefreite des Sanitätsdienstes Josef Vodnar in Naichau mit seinem Schwager Stefan Kanansitz in Wortwechsel, der später in Tätlichkeiten ausartete, wobei Vodnar seinem Schwager fünf Stiche in die Brust versetzte. Ein Stich traf das Herz, so daß Kanansitz auf der Stelle tot zu Boden stürzte. Vodnar begab sich nach der Tat in das Divisionskrankenhaus, wo er sich verhaften ließ. Die Leiche Kanansitz wurde in die Totenkammer überführt. Kanansitz war Vater zweier Kinder.

Unfall im Steinbruch. Freitag nachmittags kam es in der der Gemeinde Koupop bei Pleitice gehörenden Steinbruch auf dem sogenannten Manfub bröl zu einem Unfall. Um 15 Uhr ging an dem Steinbruch der 67 Jahre alte Dachdecker Andreas Morgenstein vorbei, dem es schien, daß der im Steinbruch arbeitende 36jährige Steinmetzarbeiter Sadel nicht praktisch genug vorging, weshalb er zu ihm ging, um ihm Ratsschläge zu geben. In diesem Moment löste sich aber ein Stück Felsen, das auf die beiden Männer stürzte und sie verschüttete. Auf ihre Hilferufe eilten Feldarbeiter herbei, die einen Arzt holten. Die Verletzungen der beiden Männer waren so ernst, daß Morgenstein nach der Behandlung verstarb. Der Zustand Sadels, dem beide Beine gebrochen wurden, und der im Kantonkrankenhaus liegt, ist sehr ernst. Die Ursache des Unfalls wird von einer amtlichen Kommission untersucht.

Ein Flugzeug für 56 Passagiere. Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus Amsterdam: Zoben

wurden Einzelheiten über den neuen niederländischen Fokker-Dop „F 56“ bekannt. Es handelt sich um einen viermotorigen freitragenden Mitteldecker, der sechs Mann Besatzung und 56 Passagiere 1000 Kilometer weit befördern kann. Die in den Klügeln untergebrachten Benzintanks fassen 4000 Liter. Die vier Motoren von je 1100 PS verleihen dem Flugzeug eine Höchstgeschwindigkeit von 355 Kilometer in der Stunde.

Die „Majestic“ ins alte Eisen. Das außer Dienst gestellte britische Schiff „Majestic“ (56.000 Tonnen) wurde von einem Hüttenunternehmen gekauft und wird verschrotet werden.

Die Aufsichtsorgane gefangen gesetzt. Auf der Grube in Penarath (Spanien) hielten Samstag etwa 500 Bergarbeiter fünf Ingenieure, darunter zwei Franzosen und sechs Werkführer als Geiseln im Schachte zurück. Die Bergarbeiter erklärten, daß alle Zurückgehaltenen bis zur Erfüllung der Lohnforderungen der Bergarbeiter im Schachte bleiben werden. Die Behörden haben Schritte zur Befreiung der zurückgehaltenen Beamten unternommen.

„Weiße Kultur.“ In Gordonsville (Virginia) flüchtete ein Neger wegen Ermordung eines Sheriffs, der ihn verhaften wollte, mit seiner Schwester in eine Hütte und verbarricadierte sich dort. Die Polizei rückte mit Maschinengewehren und Tränengasbomben gegen den Neger an, der jedoch sechs Stunden der Polizei und einigen hundert bewaffneten Bürgern Widerstand leistete. Erst als es gelang, die Hütte in Brand zu stecken, flüchtete zuerst die Schwester und kurz darauf auch der Neger aus der Hütte ins Freie, wo sie sofort erschossen wurden. Während die Leichen in den Klammen verkohlten, sahen die Belagerer dem Brande zu.

La Guardia sagt ab. (mit) La Guardia, der Bürgermeister von New York, hat in seiner Eigenschaft als Präsident der amerikanischen Bürgermeistertagung die Einladung zu dem am 7. Juni in Berlin stattfindenden Kongress des Internationalen Verbandes der Gemeindebehörden abgelehnt. La Guardia erklärte, es sei paradox, einen derartigen Kongress in einem Lande abzuhalten, in dem die Selbstverwaltung der Gemeinden abgeschafft sei.

Das Recht zu morden. (mit) Das Schwurgericht in Heidelberg hat den SA-Mann Rodern, der einen Mann erschossen hatte, weil er die SA beschimpft hatte, freigesprochen. Der Gerichtshof war der Ansicht, der SA-Mann habe das gleiche Recht, „seine Uniform zu verteidigen“ wie der Soldat.

Früheneinfuhr. Auf der Straße Sarajevo-Brod in Bosnien brach eine Eisenbahnbrücke ein, als ein Güterzug über sie fuhr. Die Pfeiler der Brücke waren durch Hochwasser unerfüllt worden. Der Zug stürzte in den Fluß. Ein Streckenwärter wurde getötet, während das übrige Zugspersonal unverletzt blieb.

Holzstraßen in der Slowakei. Die slowakische Gemeinde Deutsch-Lupča wird erstmalig in den durch das Gemeindegebiet führenden Straßenabschnitt mit Holzwürfeln aus dem eigenen Forstbestock pflastern. Die Holzwürfel werden zuvor imprägniert. Falls sich dieser Versuch bewährt, sollen in der Slowakei weitere Holzstraßen gebaut werden.

Die kühle Luft, die sich bereits während einiger Tage von Nordostdeutschland gegen Mitteldeutschland ausbreitet, verursacht bei uns besonders tagsüber größere Bewölkung und stellenweise Schauer oder auch schwache Gewitter. Die allgemeine Luftdruckverteilung, durch welche diese nordöstliche Luftströmung bedingt ist, äußert sich bisher in keiner wesentlichen Änderung des Wetters. Das Wetter wird sich daher auch nicht allzu sehr ändern. — **Wahrscheinliches Wetter von heute:** Wechselnd bewölkt, Neigung zu lokalen Schauern oder Gewittern, untertags etwas kühler, Nordostwind. — **Wahrscheinliches Wetter von Montag:** Ohne wesentliche Veränderung.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Montag

Prag: Sender 2: 7.00 Morgenkonzert, 10.40 Duokal; Slowakischer Sang, 11.35 Deutscher Schulrundfunk, 12.10 Schallplatten, 13.40 Aus „Madama Butterfly“, 15.00 Orchesterkonzert, 17.40 Klavierkonzert, 18.10 Deutsche Sendung; Prof. Karel: Kobilskort—Giechhül-Sauerbrunn, einst und jetzt, 18.45 Deutsche Presse, 21.35 Kammermusik, 22.20 Italienisch für Touristen. — **Sender St.:** 7.30 Selenorchesterkonzert, 14.20 Deutsche Sendung; Dr. Sivoboda: Bekannte Komponisten und ihre Parodien, 14.50 Deutsche Presse, 18.10 Militärkonzert. — **Brünn:** 13.30 Arbeitsmarkt und Sozialinformationen, 17.20 Bühnenarbeiten, 17.40 Deutsche Sendung; Dr. Fiech: Lieber Sehlige, Christ: Was jede Hausfrau wissen soll, 19.35 Lieber aus dem Süden, 21.10 Radiogrammophon. — **Breslau:** 17.15 Violinkonzert, 21.00 Operarien, 22.45 Tanzmusik. — **Köln:** 11.35 Kammermusik, 12.05 Operngesänge. — **Mähr.-Odra:** 16.10 Radmittagskonzert, 17.35 Piederkonzert, 18.10 Deutsche Sendung; Arbeiterfunk: Dr. Lederer: Zur Frage der Doppelverdiener. — **Klaviermusik.**

Dienstag

Prag: Sender 2: 10.05 Deutsche Presse, 10.10 Aus der Operette „Rose Marie“, 11.05 Deutscher Schulrundfunk, 12.10 Operngesänge, 13.40 Aus „Carmen“, 18.20 Deutsche Sendung; Aus dem Kulturleben unserer Deutschen, 18.30 Klavier: Aus dem Reisetagebuch aus den österreichischen Alpen, 18.45 Deutsche Presse, 19.35 Vortragsabend aus dem Nationaltheater: Brandenburger in Böhmen, Oper von Smetana. — **Sender St.:** 7.30 Schallplattenkonzert, 14.45 Deutsche Sendung; Braun: Däumler und die politische Karikatur der Gegenwart, 14.30 Schallplatten, 18.45 Aus Operetten. — **Brünn:** 15.00 Jazzkonzert, 18.15 Deutsche Sendung; Arbeiterfunk: Sozialinformationen, Schmeida: Krieg in der Literatur, mit Regatationen, 19.25 Rundfunkorchesterkonzert. — **Breslau:** 21.15 Rantolinienkonzert. — **Köln:** 11.00 Schallplattenkonzert, 16.10 Rundfunkorchesterkonzert, 19.10 Solo auf einer Klarinette.

Hauptmann Schorsch

Von Albert Daudistel

Ich hatte den Auftrag, nach dem Dorfe Glashuden zu fahren, das — etwa vier Meilen von dem Kurort Vermont entfernt — auf einer bescheidenen Höhe des Vippischen Hochwaldes liegt. Dort wollte ich den Pitulonschützen nachgehen, denen der elfjährige Schulbube Georg Zimmermann zum Opfer fiel. Am Anfang dieser Woche hatte ein Nachrichtenbüro über den Fall des kleinen Georg eine Notiz verbreitet, die leicht zu überlesen war, und die weiter nichts beflagte, als daß Georg in der waldreichen Gegend seines Dorfes wie ein Wildbich gehaust habe.

Ich wunderte mich über den Auftrag, da ich — so durch die Zeit — zu der Meinung kam, es verlohne sich, seit es Krieg war, nicht mehr, über Schüsse zu berichten. Außerdem dachte ich, die Menschen seien durch die mannigfaltigen und unbefriedigenden Zustände, die aus dem Krieg erwachsen, dem Nachfühlen so entfremdet worden, daß sie — wie etwa die Wäiter der Erdbebenwarten — das Erschütternde einfach zur Kenntnis nahmen, ohne sich aufzuregen. Wäre der Fall des kleinen Georg eine Angelegenheit, die sich aus moralischer Verbindlichkeit heraus entwickelt hätte, so könnten all diejenigen, die mir aus Reugierde zuhören, einwenden: „alte Sache!“ Und die Weltregeln, die sich gegenüber den Verfehlungen des Mitmenschen ernsthaft einbeben, erhaben zu sein, könnten das Kind einen Taugenichts und Ströck nennen. Die Gründe aber, die Georg zu seinem Falle bewegten, liegen nicht auf dem Gebiet der Räuberromantik, sondern in der Geschichte unserer Zeit,

Die Aufklärung über die beiden Hauptfragen, warum Georg wilderte und warum er den Bauern seines Nachbardorfes die Gänse, Dühner und Enten stahl, fehlte auch bei der Gendarmetrie. Doch gerade durch diese beiden Kläden, die mir in dem Bericht aufliefen, bemühte ich mich, zur Einsicht über ihn zu kommen.

Der Tag verdämmerte, als ich Glashuden erreichte. Auf den Wiesen geisterte der Nebel. Und die Nisthäufen und Schornsteine rauschten. Eine Schar Gänse, die vom Bache kam, watschelte schauatternd vor mir her. Aus der Ferne erkönte das Geläute der Abendglocken. Vor dem Dunkel der Haueneingänge standen barfüßige, vogelbundenmäßig arm gelleidete Duden und schauten mich befreudt an. Hinter mir brümmte und drüllte das Rindvieh, das sich auf den Weiden satt gestreift hatte und nun schwerfällig seinen Ställen entgegenstappte. Und oben im Hochwald schlich der Schatten der aufkommenden Nacht. . . Ja, in der Stille, die sich bei der zunehmenden Dunkelheit immer mehr und mehr ausbreitete, schien das Dorf so friedlich, daß mich plötzlich das Gefühl überkam, als sei der Fall, dem ich nachging, eine übertriebene Sensationismeldung oder gar ein Schauermärchen. Um jedoch in Berührung mit den Seelen des Dorfes zu gelangen, setzte ich mich, nachdem ich mir im Wirtshause ein Zimmer gemietet hatte, in die Gaststube, und war an den großen runden Tisch. Die Plätze waren noch leer. Auf dem Tisch lag im Scheine einer Petroleumhängelampe ein altes, angefehmuddeltes Buch, in dem der Wirt gelesen hatte. Ich las auf Seite 70 bis zu dem kleinen Strich, den irgend ein Leser unter das Wort „Tribut“ gemacht hatte, und der mir zu denken gab. Das Buch war aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt. Ich hatte

es zu. Und da starrten aus dem schwarzen Grund des Einbandes die bleichen Lettern „Der Krieg.“

Und immer mehr und mehr rückten die Zeiger der Wanduhr vor. Es sah aus, als deuteten sie, statt der Minuten und Stunden, den Druck der Zeit an. Die Türe öffnete sich. Ein alter Bauer kam herein und murmelte, indem er sich zu mir setzte: „n Abend!“ Der Wirt brachte ihm Bier. Niemand sprach.

Ein zweiter Bauer setzte sich hinzu, ein dritter, ein vierter, der fünfte nahm Platz, der sechste, siebente, achte, neunte. Das Schweigen hörte sich unheimlich an. Die Uhr tickte lauter. Die Bauern hielten vor sich hin, auf das Buch, und schauten wie ruhendes Vieh. Manchmal trank einer. Dann tranken alle, aber einer nach dem anderen. Und manchmal sah ich, daß der eine oder der andere, ohne den Kopf zu bewegen, zu mir herauerte. Ich fühlte, da wurde auf irgendetwas getoastet; vielleicht — sagte ich mir — auf mich, daß ich weggehe. Hände schlossen, während das Schweigen anhielt, ihre Augen, jedoch nicht ganz, so daß es schien, als beabsichtigten sie, von dem, was sie dachten, nichts durchzöhlen zu lassen. Gerne hätte ich angefangen zu sprechen, noch nicht über Georg, sondern über die Schande, daß in Amerika 10.000 Liter frische Milch in einen Teich geschüttet wurden, weil der Transport in die Läden den Gewinn schmälerte hätte. Ich schwieg darüber, dachte an den kleinen Georg und griff, um das Gefühl los zu werden, ich höre die Bauern, nach dem Buche, blätterte und las dann: Die Eroberung von Strasbourg! . . . Und die Uhr tickte und tickte.

Plötzlich kam ein Bursche hereingestürmt und meldete, ganz außer Atem: „Geschossen! Es hat

geschossen. . .“ Und da entlud sich mit einem Male die Verbitterung der Bauern. Sie schimpften gegen den Gerichtsvollzieher, der drüben in Schwalenberg wohnte. Und sie weitereten in ihrem Zorne gegen das Dorf, indem sie bekräftigten, die Schwalenberger leisteten ihm Helfersdienste insofern, als sie sich ihm mit Pferd und Wagen zur Verfügung stellten, damit er all das, was er in Glashuden pfändete, fortschaffen lassen könne; in Glashuden würde von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet, und wenn es ihnen trotzdem nicht gelänge die vorgeschriebene Menge zu leisten, wären nicht sie, sondern der harte Akerboden dran schuld. Und ich hörte weiter, daß der Bursche sich in der Dunkelheit in Schwalenberg einschlich und in dem Moment durch den Schuß verjagt worden war, als er ein Biemel in einen Geflügelstall werfen wollte, damit er die Hähne der Hühner und Enten jenes Bauern zerleisehe, der dem Gerichtsvollzieher gestern half, ein gepfändetes Kind aus Glashuden wegzufahren. Und da gewahrte ich, daß sich die Türe der Gaststube ganz langsam öffnete; und durch den dunklen Spalt, in dem sie klappte, lugten Duden herein.

Am folgenden Tage erwiderte ich nach langem Zühen, das mir besonders durch die Verschwiegenheit der Zungen erschwert wurde, im Schulatlas des kleinen Georg, auf der Karte von Westdeutschland, zwischen dem „Punkte Schwalenberg“ und dem „Pünktchen Glashuden“ denselben blauen Gedankenstrich, den ich in dem Buche „Der Krieg“ auf Seite 70 unter dem Worte „Tribut“ vorfand. Und diese Spur verfolgte ich.

(Fortsetzung folgt)

Fünfzig Jahre Johannesburg. Die Hauptstadt von Transvaal ruht zur 50-Jahrfeier ihres Bestehens: sie ist im Juni 1886 als Goldsucherstadt gegründet worden. Ihr Gründer, George Walker, trat einmal über das heutige Territorium der Stadt, das damals eine unbewohnte Steppe war. Sein Pferd schlief mit seinem Fuß einen Stein, der Walker felsig vorkam: er untersuchte ihn und fand einen Klumpen Gold. Dies war der erste Goldfund in Transvaal, und die Kunde davon lockte in wenigen Wochen Tausende von Goldsuchern an diese Stelle. Heute ist Johannesburg eine Stadt von über einer Million Einwohnern, darunter über 800.000 Weißen. Schon 1907 betragen die Goldfunde 27 Millionen Pfund; im vorigen Jahre zählten allein die beiden größten Gesellschaften 10 Millionen Pfund an Steuern. Das 50jährige Jubiläum stellt aber bereits den Höhepunkt der Entwicklung von Johannesburg dar. Auf Grund von Schätzungen enthalten die Goldminen in Johannesburg nur noch für rund 2 Milliarden Pfund Gold, die spätestens in weiteren 50 Jahren abgebaut werden können. Das 100jährige Jubiläum dürfte also eine sterbende Stadt vorfinden.

Der größte Diamant der Welt wird geschmitten. Lazar Kaplan, einer der bekanntesten belgischen Diamantenschleifer, bekam dieser Tage den Auftrag, den „Jonker“, den größten Diamanten der Welt (726 Karat), in drei große Stücke zu schneiden, da der Diamant als Ganzes wegen seines ungeheuren Wertes unerschafflich ist. Der Besitzer des Diamanten ist ein amerikanischer Bankier, der seit zwei Jahren vergeblich versucht, den Diamanten zu verkaufen. Die drei großen Stücke des Diamanten werden nun wiederum in je vier kleinere zerlegt, so daß zwölf Brillanten entstehen, aus denen ein Kollier angefertigt wird, dessen Wert ungefähr fünf Millionen Dollar betragen wird. In einem Interview erklärte Kaplan, diese Arbeit sei die schwerste und verantwortungsvollste seines Lebens gewesen. Er habe, um ruhige Nerven zu behalten, vor Beginn der Arbeit drei Tage Urlaub genommen und ununterbrochen geangelt, um eine ruhige Hand zu bekommen. Kaplan bekam für seine Arbeit 7000 Dollars.

Eine internationale Jagd-Konferenz. Während die großen politischen Konferenzen nur sehr schwer zustandekommen und die inneren Streitigkeiten ihre Arbeiten meist zu Mißerfolg verurteilen, muß mit Freude festgestellt werden, daß zur Zeit in Paris eine internationale Konferenz zusammengetreten ist, zu der Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Schweiz die besten Fachleute entsandt haben. Die Verhandlungen finden, wie das amtliche Kommuniqué mitteilt, „im Geiste einer allgemeinen Verständigung“ statt. Allerdings ist das Thema dieser Konferenz der Jagd gewidmet, die Abgeordneten sind Jäger, und die Verhandlung betrifft (leider ausschließlich) die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Jägern der verschiedenen beteiligten Nationen. Ob auch eine Verständigung mit dem zu jagenden Wild beabsichtigt wird, wird leider nicht bekanntgegeben.

Neue Scheidungsgerichtsbarkeit in Rußland. Die Zeitung „Trud“ (Die Arbeit) veröffentlicht ungewöhnlich interessante und sehr bezeichnende Einzelheiten über das in Vorbereitung befindliche neue Ehegesetz. Die Scheidung wird grundsätzlich erschwert werden. Sie wird nur dann gewährt, wenn die Sorge für die Nachkommen vollkommen sichergestellt ist. Außerdem wird für jede Scheidung eine sehr hohe Gebühr eingeführt werden. Da diese Gebühr sich bei jeder weiteren Scheidung ganz außerordentlich erhöht, ist sie sozusagen als Kaution gegen Scheidungsrückfälle anzusehen. Ganz besonders wird der Schutz der Mutterschaft ausgebaut werden. Es fällt besonders die Schärfe auf, mit der sich der Artikel gegen Abtreibungen wendet. Es heißt wörtlich: „In einem Land des sozialistischen Aufbaus sind Abtreibungen unzulässig. Sie können nur in bürgerlichen Ländern gebildet werden, die nicht wissen, wozu sie mit dem Menschenmaterial sollen. Wir brauchen Menschen, ja, sie fehlen uns.“

Zusammenstoß in den Wäldern. Umweit Marzelle sind Samstag, um die Mittagsstunde in etwa 800 Meter Höhe zwei Flugzeuge zusammengestoßen. Ein Pilot fand den Tod, einer konnte sich mit dem Fallschirm retten.

Wie Goebbels in Budapest Fuß faßte

(AP.) In Budapest wurde schon lange davon gesprochen, daß die Zeitung „U Magyariasag“ von Deutschland materielle Unterstützung erhält. Der Exponent dieses Kreises im Parlament ist der Abgeordnete Franz Rajnik. Bekanntlich hat vor einigen Tagen der sozialdemokratische Abgeordnete Peyer darauf angepielt und die Vorlegung von Beweismitteln angekündigt. Rajnik antwortete darauf mit Grobheiten, und es kam zu einem hitzigen Auftritt im Parlament, auf Grund dessen zwar keine Maßnahmen gegen Rajnik ergriffen, aber Peyer von dreißig Sitzungen ausgeschlossen und die sozialdemokratischen Abgeordneten Gótyk, Propper und Estergoldos mit Geldstrafen belegt wurden. In der nächsten Sitzung gab Gótyk ein schriftliches Beweismittel bekannt, daß Deutschland wenigstens Rotationspapier für die genannte Zeitung liefert und außerdem das Bargeld hergibt. Weitere Beweise wird die Sozialdemokratische Partei Ungarns fortgesetzt vorlegen. Es wurde weiter festgestellt, daß die Auflage nur 2200 Exemplare beträgt, daß aber seitens der Verwaltung und Redaktion ein ungeheurer Aufwand getrieben wird, der natürlich nur mit Hilfe ausländischer Gelder bestritten werden kann. Die Sozialdemokratische Partei verlangt die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und ist bereit, dieser alle Beweise vorzulegen. Rajnik und seine Gruppe trreiten weiterhin alles hartnäckig ab.

Um so interessanter ist ein Brief, den Rajnik und sein Kollege Barabás in der Angelegenheit der Finanzierung des Blattes — unter Berufung auf den Besuch eines Dr. Wolf vom Deutschen Nachrichtenbüro in Budapest — an das Propagandaministerium gerichtet haben und der im Vorlaut vorliegt. Darin heißt es u. a., die ungarische Presse sei zu 90 Prozent in jüdischen oder dem Judentum freundlich gesinnten liberalistischen Händen. Das gelte nicht nur hinsichtlich der Tagespresse, sondern auch für die sich mit handelspolitischen und wirtschaftlichen Problemen befassenden Presseorgane, wie auch für alle illustrierten Blätter. Das einzige in deutscher Sprache erscheinende Tagblatt, der „Reiter Wogel“, sei gänzlich jüdisch. Wenn dort auch Nichtjuden zu Worte kämen, so seien es nur „Renommiergais“. Trotz der Bemühungen der Gömbös-Regierung (1) sei es bis heute nicht gelungen, in diese Hegemonie der Jüdischkeit eine Bresche zu schlagen. Diese Presse kämpfe nicht nur auf innerpolitischen Gebieten gegen zeitgemäße Reformen, sie greife auch jene Staaten an, in denen der liberale Gedanke aufgedöhrt habe, seinen Einfluß auszuüben. Insbesondere werde Deutschland angefeindet. Unrichtige und erlogene Nachrichten würden durch sie

dem ungarischen Publikum vorgelegt. Der moralische und materielle Schaden, der dadurch dem Dritten Reich zugefügt werde, sei kaum zu schätzen. Deshalb wollten die beiden Unterzeichneten ein volkswirtschaftliches Presseorgan schaffen, daß sich zur Aufgabe setze, für den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder zu kämpfen. Trotz des Paktes von Rom würden 81 Prozent des ungarischen Außenhandels mit dem Reich abgewickelt. Da das Völkler-Regime ein treuer Diener der Finanzmagnaten gewesen sei, habe die deutsche Industrie in Ungarn nicht das Maßgebende finden können, wie es dem ungarischen Export nach dem Reich entspreche. Ein gut organisierter Nachrichtenendienst würde die Ziffern des gegenseitigen Handelsverkehrs bedeutend erhöhen. Auch im Rahmen der Kompensationsgeschäfte ließen sich viel bedeutendere Umsätze erzielen, wenn sich die ungarischen Exporteure infolge der tendenziösen Nachrichten über das Dritte Reich nicht Zurückhaltung auferlegten. Das zu gründende Presseorgan wolle man mit der moralischen Unterstützung der deutschen Regierung aufrechterhalten. Die Spesen würden natürlich bedeutend sein. Aber bis jetzt flössen die für die Inserierung bestimmten Gelder deutscher Firmen in Ungarn fast ausschließlich in die Taschen von „Ergajuden“. Es sei tragisch zu nennen, daß Krupp, Siemens-Schudert, die H. G. Barben etc. ihre Inserate durch Juden an jüdische Blätter vergeben müßten, während nachher jüdische Journalisten, die deutsches Geld in die Tasche steckten, dafür das Dritte Reich angriffen. Das gelte nicht nur vom „Ulfag“, „Magyar Hirlap“, „Az Es“, „Pesti Naplo“, „Magyar Isag“, „Pesti Hirlap“ und „S Orsi Ulfag“, sondern auch von dem „Magyar Isag“ (nicht zu verwechseln mit „Ulfag“), der sich als christliches Blatt aufspiele, aber der jüdischen Annoncenexpedition Wladner total verfallend sei. Es wurde daher vorgeschlagen, die deutschen Inserate durch das im Zusammenhang mit dem genannten Blatt zu organisierende Annoncenbüro an die ungarischen Blätter gelangen zu lassen. Die Provisionsgewinne würden zur Deckung der Verlagskosten genügen und könnten teilweise auch für Propagandazwecke verwendet werden. Die für Inserate verausgabten deutschen Gelder betrügen 500.000 RM, der Verdienst der Annoncenbüros 100.000 RM. Der deutschen Regierung würde das Recht eingeräumt, die Geschäftsabbarung der zu gründenden Gesellschaft zu überprüfen. Das Ziel sei die Vernichtung der Wählerarbeit liberal-jüdischer Blätter gegen den Differenzismus.

Die Regierung Blum und die Kolonien

Der bekannte sozialistische Außenpolitiker, Jean Longuet, stellvertretender Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer, wendet sich in einem Aufsatz im „Populaire“ gegen die Politik der Regierung Sarraut gegenüber Syrien. Während der Tagung des Nationalrates der sozialistischen Partei erschien am Tagungsort eine Delegation aller syrischen Parteien, die dem Nationalrat die Gläubigkeit des syrischen Volkes überbrachte. Diese Delegation ist bis jetzt, wie Longuet berichtet, von der Regierung Sarraut nicht empfangen worden. Besonders heftig wendet sich Longuet gegen den hohen Kommissar in Syrien, de Martel, der an allen gegenwärtigen Wirren schuldig sein soll. Longuet schließt seinen Artikel, der in der gegenwärtigen Lage für die Entwicklung der Lage im Mittelorient eine hochpolitische Bedeutung hat, mit den Worten: Die Versprechen, die man der syrischen Nation gemacht hatte und die sich auf ihre Unabhängigkeit und ihre nationale Einigung (es handelt

sich um die Aufhebung der besonderen französischen Verwaltung für Syrien und Libanon, Ann. d. Rd.) bezogen, seien nicht erfüllt worden... Aber die sozialistische Partei habe seit langem ihren Willen kundgegeben, dem syrischen Volke Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Und dieses Versprechen werde eingehalten werden. — Die Konstituierung Syriens als eines selbständigen Staates, der zu Frankreich etwa in dem Verhältnis stünde, wie Irak zu England, liegt also durchaus im Bereich der Möglichkeit. Das würde aber der pan-arabischen Bewegung einen neuen gewaltigen Impuls geben und auch die britische Politik im Mittelorient vor neue Aufgaben stellen.

Ein Jugendkongress in Genf. Für die Teilnahme an dem vom 1. bis 7. September 1936 in Genf stattfindenden Weltjugendkongress haben eine Reihe von süddeutschen Jugendverbänden der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen bereits reges Interesse bekundet. Ueber Anregung der deutschen Völkerbundliga hat sich am 14. Mai in Prag der vorbereitende Ausschuss konstituiert, der die Vorbereitung im Einzelnen mit der Deutschen Völkerbundliga durchzuführen wird.

ŠKODA RAPID

Bescheiden im Verbrauch, kommt an Geschwindigkeit und Bequemlichkeit den großen Wagen gleich. Überzeugen Sie sich!



ASAP - Werk Mladá Boleslav

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zum Gesetz über Zahnheilkunde und Zahntechnik

Eine Erklärung des Gesundheitsministeriums

Die Kundgebungen der ärztlichen Organisationen gegen die Durchführung des § 9, Absatz 4 des Gesetzes über die Zahnheilkunde und Zahntechnik sind zum Abbruch gelangt. Damit scheint der Zeitpunkt gekommen, daß auch das Gesundheitsministerium in dieser Sache das Wort ergreift und folgendes feststellt:

a) § 9, Absatz 4 des Gesetzes vom 11. Juli 1934, Zahl 171 Bz. d. G. u. B. lautet:

„Durch Regierungsverordnung können die besonderen Bedingungen festgelegt werden, unter denen in rüchlichswürdigen Fällen die Berechtigung zum selbständigen Betriebe der Zahnheilkunde erteilt werden kann, die nach dem 6. Mai 1920 in die Lehre für das Zahnheilkundgewerbe getreten sind.“

b) Dem Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen und Körperliche Erziehung ist es erst Ende März gelungen, den vollen Wortlaut des angeblichen „Referenten-Entwurfes“ kennenzulernen, der den Anlaß zu den Kundgebungen der ärztlichen Organisationen gegeben hat.

c) Den Ärzteorganisationen war schon aus dem § 4 dieses „Referenten-Entwurfes“ bekannt, daß zur Geltendmachung der Regierungsverordnung nicht das Gesundheitsministerium, sondern das Handelsministerium als das für das Zahnheilkundgewerbe zuständige Ressort kompetent ist und daß das Gesundheitsministerium in diesem Falle lediglich als mitbeteiligtes Ressort in Betracht kommt.

d) Es besteht im Ministerium kein Akt, durch den der Minister irgendeinen „Referenten-Antrag“ genehmigt hätte, und daher existiert auch kein „Referenten-Antrag“, welcher als „Antrag des Ministeriums“ angesehen werden könnte.

e) Das Gesundheitsministerium hat bis zum heutigen Tage keinen „Referenten-Antrag“ ins interministerielle Verfahren geleitet.

Das Gesundheitsministerium hat, um — schon im Hinblick auf die Urgegnen aus parlamentarischen Kreisen — für die Verhandlung des Gegenstandes mit den zuständigen Ministern und mit allen Interessierten, zu denen selbstverständlich auch die Ärzte gehören, parat zu sein, die notwendigen vorbereitenden Arbeiten eingeleitet. Da aber schon die ersten Versuche zur Erzielung eines Einvernehmens mit den Zahnheilkundeorganisationen ergebnislos blieben, überließ das Gesundheitsministerium alles weitere dem zuständigen Ministerium und hat sich mit dieser Sache schon seit dem 11. Jänner d. J. nicht weiter befaßt, während die Kundgebungen der Ärzteorganisationen erst im Monat März einbreiten wurden. Dies wird deswegen festgelegt, um von vornherein der Behauptung zu begegnen, als hätte das Ministerium nur unter dem Druck der öffentlichen Einspruchskundgebungen, die es an dieser Stelle lieber übergeht, von den weiteren Vorbereitungsarbeiten Abstand genommen.

Diese Feststellungen genügen zur Klärung der Sachlage.

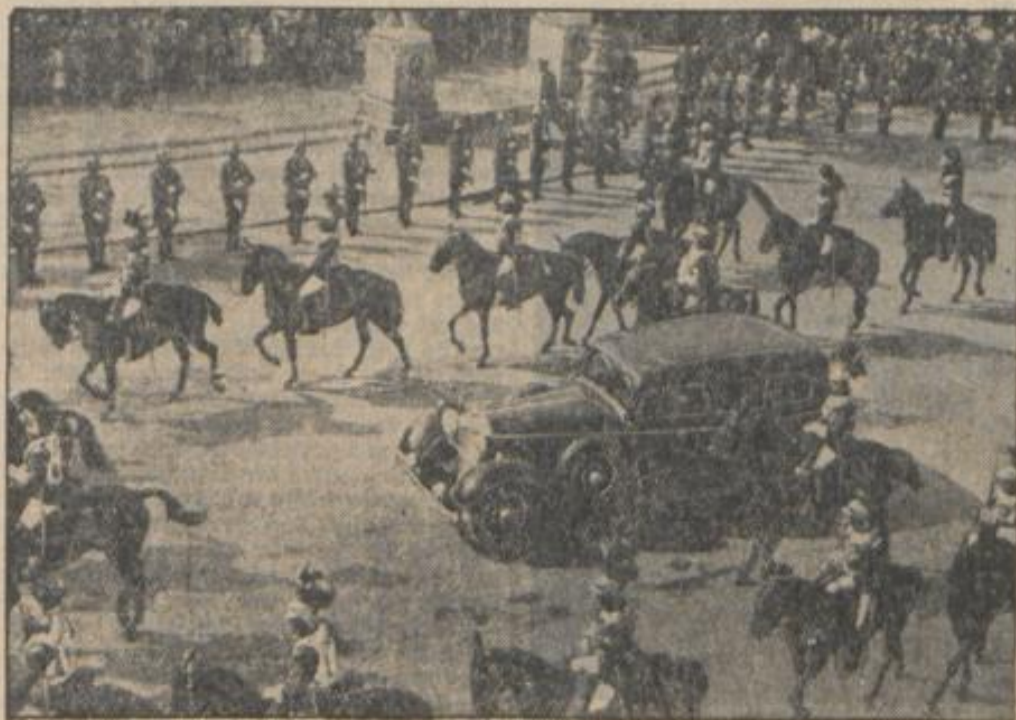
Frankreich plant Erhöhung des Hopfenzolles. Beim französischen Landwirtschaftsministerium wurde ein Antrag auf Erhöhung des Hopfenzolles eingebracht, über den in nächster Zeit entschieden werden wird. Gegen den Antrag stellt sich die Brauindustrie, welche davon ausgeht, daß zur Herstellung gewisser Bierorten unbedingt ausländische Hopfenarten notwendig sind. Unser Hopfenexport ist am französischen Absatz stark interessiert, zumal Frankreich mit 26,8 Millionen Kilo 1935 unser zweitbestes Kunde war. Im heurigen Jahre haben sich die Bezüge Frankreichs im ersten Quartal auf 5 Millionen Kilo gegen fast 7 Millionen Kilo im gleichen Vorjahresviertel gesenkt. Besonders stark war der Rückgang in den ersten zwei Monaten 1936 (von 6,5 auf 3,7 Millionen Kilo), während im März d. J. im Vergleich zum Vorjahresmärz eine kräftige Belebung von 390.000 auf 1,3 Millionen Kilo eintrat.

ŠKODA POPULAR

ein rascher Sportwagen, macht Sie zum Herrn der Straßen. Seine Geschwindigkeit ist hervorragend, sein geringer Verbrauch verblüffend, seine elegante Linie bezaubernd.



ASAP - Werk Mladá Boleslav



Die Vereidigung des neuen spanischen Präsidenten

In Madrid fand die feierliche Vereidigung des neugewählten Präsidenten der Spanischen Republik, Azaña, statt. Unser Bild zeigt den Wagen des Präsidenten, von einer Kavallerie-Eskorte begleitet, auf dem Wege durch die von großen Menschenmengen umfäumten Straßen zur Deputiertenkammer, wo die feierliche Vereidigung erfolgt.

